agenzia fides
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org
Fondata nel 1927

AFRIKA/DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO - Bischöfe von Kivu: „Die Abwesenheit des Staates und die Ohnmacht der internationalen Staatengemeinschaft verursachen großes Leid"

Kinshasa (Fidesdienst) – „Die Menschen im Osten der Demokratischen Republik Kongo haben im Mund den bitteren Geschmack, der das Bewusstsein hinterlässt, dass man entkleidet, vergewaltigt, missbraucht und gedemütigt wurde und dass der Staat abwesend ist und die internationale Gemeinschaft aus der Ferne zuschaut", so die Bischöfe der Kirchenprovinz Kivu (im Osten der Demokratischen Republik Kongo) am Ende ihrer Vollversammlung, zu der sie in der vergangenen Woche zusammengekommen waren. Die Botschaft wurde im Rahmen einer Pressekonferenz von Bischof Melchisedech Sikuli Paluku von Butembo-Beni vorgestellt.
In der Provinz Nordkivu sind seit 20 Jahren verschiedene bewaffnete Gruppen aktiv, die die Bodenschätze in der Region ausbeuten und dies zu Lasten der Zivilbevölkerung. Die größte derzeit aktive Rebellengruppe ist die „M23", bei der es sich nach Ansicht der Bischöfe um den „verlängerten Arm" anderer Gruppierungen handelt, die für „Morde, Vergewaltigungen und Vertreibung der Bevölkerung verantwortlich sind, die in Aufnahmecamps Zuflucht suchen, wo sie jedoch vor den Angreifern nicht sicher sind".
Neben der Abwesenheit des Staates sei auch die Ohmacht der Friedenseinheiten der Vereinten Nationen (MONUSCO) verantwortlich, „die zwar über umfangreiche menschliche und materielle Ressourcen verfügten", aber den Anschein erweckten als seien sie „erst vor kurzem hier angekommen". Im Rahmen der MONUSCO (die 2010 aus dem Vorläufer MONUC entstand) sind insgesamt über 22.000 Soldaten im Land stationiert, von denen es sich bei rund 19.000 um bewaffnete Soldaten handelt. Eine weitere Einheit soll zur Stärkung der militärischen Kapazitäten der UN-Einheiten stationiert werden.
Die Bischöfe des Kivu appellieren an die Politiker des Landes mit der Bitte um „Garantien für die nationale Souveränität, an die lokalen Ortsvorsteher um „Vermeidung der Verbreitung und Legitimierung der Gewalt, an die internationale Staatengemeinschaft um „präzise und wirkkräftigeres internationale Militäreinsätze". (LM)
(Fidesdienst, 31/05/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it